

---

## **Parteiensystem im Wandel – Piraten künftig an Bord?**

---

**Stephan Klecha**

*August 2012*

Comité d'études des relations franco-allemandes



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text  
geäußerten Standpunkte trägt der Autor.*

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

**Robert Bosch Stiftung**

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungstab des Ministère des Affaires étrangères et européennes gefördert.



Auswärtiges Amt

Herausgeber: Yann-Sven Rittelmeyer und Dr. Hans Stark

ISBN: 978-2-36567-063-0

© Ifri – 2012 – Tous droits réservés

Ifri  
27 rue de la Procession  
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE  
Tel.: +33 (0)1 40 61 60 00  
Fax: +33 (0)1 40 61 60 60  
Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

Ifri-Bruxelles  
Rue Marie-Thérèse, 21  
1000 – Bruxelles – BELGIQUE  
Tel.: +32 (0)2 238 51 10  
Fax: +32 (0)2 238 51 15  
Email: [info.bruxelles@ifri.org](mailto:info.bruxelles@ifri.org)

Website: [ifri.org](http://ifri.org)

# Autor

---

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. Gegenwärtig arbeitet er an einer Studie zur Piratenpartei, die von der Otto-Brenner-Stiftung gefördert wird.

Nach einem Studium der Sozialwissenschaft hat er in Politikwissenschaft promoviert. Er hat zuvor am Institut für Regionalforschung, bei der HIS GmbH, der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin sowie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gearbeitet.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Koalitionsformate, Wandlungen des Parteiensystems und Fragen des Wahlrechts.

# Zusammenfassung

---

Die deutsche Parteienlandschaft war über lange Zeiten stabil und berechenbar, doch dies scheint sich zu ändern. Die traditionell großen Parteien haben immer mehr Mühe Wähler an sich zu binden und neuen Parteien gelingt es immer häufiger bei Landtags- und Kommunalwahlen Mandate zu erlangen. Dieser Wandel kann Regierungsbildungen in Zukunft erheblich beeinflussen, da es traditionellen Koalitionen wie rot-grün oder schwarz-gelb schwerer fällt Mehrheiten zu bilden. Unter diesen neuen Akteuren hat, seit Herbst 2011, die Piratenpartei die Hauptrolle, da sie als einziger neuer Akteur eine Chance hat, in den Bundestag einzuziehen.

Die Wählerschaft konnte durch Fragen der Netzpolitik mobilisiert werden, vor allen Dingen hat die Partei jedoch eine hohe Anzahl an Protestwählern angezogen, die sie jetzt längerfristig an sich binden muss. Dank einer polyzentrischen und hybridischen Architektur, zeigen sich die Piraten im Rahmen von Wahlkampagnen effizient, aber danach professionell chaotisch. Gewählte Abgeordnete üben ein völlig freies Mandat aus und Entscheidungen werden ausschließlich auf Vollversammlungen getroffen. Problematisch scheint dies jedoch bei der Bildung eines umfassenden Partei-programms zu sein und eine Teilnahme an einer Mehrheitsbildung wird verhindert. Bei zunehmender Wählerkraft stellt sich nun die Frage, welche Rolle die Piratenpartei bei zukünftigen Regierungsbildungen spielen kann. Obwohl sie bisher noch nicht als Koalitionspartner in Frage kam und ihre Struktur sie nicht als Regierungspartei empfiehlt, kann sie durch weitere Wahlerfolge das Stimmenverhältnis verändern und die Bildung altbekannter Koalitionen deutlich erschweren.

# Inhaltsverzeichnis

---

|  |           |
|--|-----------|
| <b>EINLEITUNG.....</b>   | <b>4</b>  |
| <b>HELL AUS DEM DUNKLEN VERBORGENEN<br/>STRÖMT EINE PARTEI HERVOR.....</b> | <b>6</b>  |
| <b>WARUM ÜBERHAUPT PIRATEN?.....</b>                                       | <b>9</b>  |
| <b>UNKONVENTIONELL UND CHAOTISCH PROFESSIONELL .....</b>                   | <b>11</b> |
| <b>PIRATEN IN KOALITIONSSYSTEMATIK .....</b>                               | <b>14</b> |
| <b>FAZIT .....</b>   | <b>18</b> |
| <b>LITERATURVERZEICHNIS.....</b>   | <b>20</b> |

# Einleitung

---

Die deutsche Parteienlandschaft war über lange Zeiten sehr stabil und dadurch hinsichtlich ihrer Regierungsformate grundsätzlich berechenbar. Zwei große Volksparteiformationen wirkten als gemäßigte Pole, an denen sich zunächst eine, später zwei kleinere Parteien orientierten. Mit der deutschen Einheit 1990 kam mit der PDS ein fünfter Akteur hinzu, der aber faktisch auf Ostdeutschland begrenzt blieb und nur eingeschränkt Schwierigkeiten aufwarf, um Mehrheitskoalitionen abzuschließen. Seit Beginn des neuen Jahrtausends hat die Bundesrepublik aber eine grundlegende Neusortierung der Parteienlandschaft erfahren. Der Trend zum „fluiden Fünfparteiensystem“ (Niedermayer 2001) ist jedenfalls unübersehbar. Sowohl den etablierten Kräften SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen sowie der vormaligen PDS (nunmehr Die Linke) gelingt es prinzipiell sowohl im Deutschen Bundestag als auch in den Landtagen von Ost- und Westdeutschland Mandate zu erlangen. Zu diesen fünf<sup>1</sup> Grundgrößen des Parteiensystems kommen in einigen Landtagen gegenwärtig noch weitere Parteien hinzu: Die Freien Wähler sind drittstärkste Kraft im bayerischen Landtag. Der SSW ist als Vertreter der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein im dortigen Landtag und gegenwärtig auch in der Regierung vertreten. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen hat die rechtsextreme NPD Mandate errungen.

Ein Grund für die Ausdifferenzierung des Parteienspektrums ist die sinkende Bindungsfähigkeit der großen Parteien CDU/CSU und SPD. Bei der Bundestagswahl 2005 ergab sich somit erstmals seit 1949 die Situation, dass beide Parteien für ein Bündnis ohne ihren volksparteilichen Opponenten mehr als nur einen Koalitionspartner gebraucht hätten. Nachdem auf beiden Seiten entsprechende Versuche gescheitert waren, eine Koalition mit FDP und Grünen zu bilden, und ein Bündnis mit der Linken von vornherein ausgeschlossen war, blieb am Ende die Große Koalition unter Angela Merkels Führung als einzige Option übrig. Schnell war deutlich geworden, dass diese Schwierigkeiten für die Koalitionsbildung künftig auf Bundes- und Länderebene häufiger anzutreffen sein

---

<sup>1</sup> Bei CDU und CSU handelt es sich genaugenommen um zwei Parteien. Die CSU ist auf Bayern begrenzt, ihre Schwesterpartei CDU deckt die restliche Bundesrepublik ab. Beide Parteien konkurrieren somit nicht miteinander und bilden im Deutschen Bundestag eine gemeinsame Parlamentsfraktion.

dürften. Wenn eine Große Koalition nicht zum Dauerzustand werden soll, sind folglich Dreierbündnisse unausweichlich, Minderheitsregierungen überlegenswert oder lagerübergreifende Bündnisse denkbar (exemplarisch: Bau 2009; Sattar 2009; Decker 2011:105–130; Oberndörfer, Mielke & Eith 2009; Jesse 2009; Korte 2010; Klecha 2011).

Tatsächlich gab es dann auch zwischen 2005 und 2010 eine Reihe von Versuchen, zuvor ungewohnte Koalitionsformate zu bilden: In Hamburg regierten CDU und Grüne ab 2008. Im Saarland gingen CDU, FDP und Grüne 2009 eine Koalition ein. In Nordrhein-Westfalen einigten sich SPD und Grüne auf die Bildung einer Minderheitsregierung. Selbiges war 2008 in Hessen geplant gewesen. Doch sonderlich langlebig waren diese Unterfangen nicht. In Hessen verweigerten sich im Vorfeld vier SPD-Abgeordnete, weil sie eine damit verbundene, notwendige Kooperation mit den Linken grundsätzlich ablehnten. Auch die erfolgreich installierten Koalitionen brachen nach jeweils zwei bis drei Jahren wieder auseinander oder waren an einem entscheidenden Punkt handlungsunfähig geworden. Dass diese Koalitionsexperimente spätestens zu Beginn des Jahres 2012 somit allesamt gescheitert waren, erwies sich nicht unbedingt als Problem, denn das Parteiensystem schien sich in Richtung eines veränderten Normalzustands hin zu entwickeln. Normal daran war, dass die altbekannten Lager trotz allem immer wieder in der Lage waren, Mehrheiten zu bilden. Schließlich besaßen CDU/CSU und FDP bei der Bundestagswahl 2009 erstmals seit 1994 wieder eine Mehrheit. Auch in sieben der 16 Bundesländer stellten diese Parteien gemeinsam die Regierung und besaßen darüber auch eine Mehrheit in der zweiten, durchaus sehr wichtigen Parlamentskammer, dem Bundesrat. Als diese Mehrheiten ihnen Zug um Zug wieder verloren gingen, traten an ihre Stelle rot-grüne Koalitionen. Das seit den 1980ern entwickelte Wechselspiel zwischen Union (plus FDP) und SPD (plus Grünen) funktionierte offensichtlich trotz des Hinzutretens der Linken wieder. Allerdings gab es auf beiden Seiten eine gravierende Veränderung, weil die Juniorpartner deutlich stärker als zuvor waren, wohingegen die beiden Volksparteien auf ihrem relativ schwachen Niveau verharrten.

# Hell aus dem dunklen Verborgenen strömt eine Partei hervor

---

Inmitten dieser Phase der Renaissance der altbewährten Lagerformationen trat im Herbst 2011 mit der Piratenpartei ein neuer Akteur deutlich sichtbar auf die Bühne und ließ alle bisherigen Überlegungen erneut Makulatur werden. Damit trat eine Partei auf den Plan, die bis dahin über Achtungserfolge nicht hinausgekommen war. Selbst als sie bei der Bundestagswahl 2009 immerhin rund zwei Prozent der Wählerstimmen erhalten hatten, damit aber eben keine Parlamentsmandate verbunden waren, hielt man es im Kreise der meisten Beobachter doch für weitgehend ausgeschlossen, dass diese politischen Freibeuter die Parteienlandschaft verändern würden. Thematisch erschien die junge Partei schließlich viel zu randständig. Die von ihr aufgeworfene Frage, welche Folgen die digitale Revolution mit sich bringt, versprach bei weitem keine sonderlich große Prägekraft zu entfalten. Der freie Zugang zum Internet, zur Nutzung der dortigen Inhalte und zur freien Kommunikation im Netz entfaltete nur ein begrenztes Interesse.

Allerdings kombinierte die deutsche Piratenpartei diesen Ansatz mit einem Eintreten für liberale Freiheitsrechte und demokratische Teilnahmeverfahren. Sie revitalisierte darüber einen Themenkatalog, der schon seit einiger Zeit eine gewisse Resonanz erzielte. Auf der einen Seite gab es in den 1980er Jahren anlässlich der Volkszählung in Westdeutschland und in den 1990er Jahren als eher intellektuelle Debatte in der vereinigten Bundesrepublik einen Diskurs über einen Abbau von Grundrechten beziehungsweise eine Diskussion über deren Erweiterung vor dem Hintergrund der Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung. Spätestens seit dem Beginn der 1970er Jahre hatte es zudem eine beträchtliche Ausweitung der politischen Partizipation gegeben, die auf unkonventionelle Aktionsformen aufbaute und eine stärkere Teilhabe einforderte als die bloße Mitwirkung im Wahlakt (van Deth 2009).

Zweifelsohne gab es somit eine latente Themenagenda, die abseits der Kernfragen und –konflikte moderner Gesellschaften eine gewisse Relevanz besaß. Ob auf dieser Grundlage aber eine neue Partei auch in Wahlen Erfolg haben würde, musste mit einem Fragezeichen versehen werden. Allerdings gänzlich unwichtig waren solche Themen für einen Teil der Wähler schon 2009 nicht gewesen. Kulminationspunkt war ein Gesetz der damaligen Großen Koalition gegen Kinderpornographie im Internet. Das Ziel, welches auch die Piratenpartei teilte, sollte seinerzeit mit einem Mittel erreicht werden,



das auf eine breite Ablehnungsfront traf. Die entsprechenden Seiten sollten nämlich auf Intervention der Polizei hin gesperrt werden. Viele hielten diesen Ansatz nicht für geeignet. Die Piratenpartei stand dabei auf einmal im Mittelpunkt einer Bewegung, die ebenso an der Effektivität wie der verfassungsrechtlichen Legitimität des Instrumentes zweifelte (Zolleis, Prokopf & Strauch 2010:8).

Die Ablehnung des Gesetzes verband sich mit sehr verschiedenen Motiven: Die technische Komponente wurde als mangelnde Kompetenz der Parlamentsmehrheit gedeutet, Funktionsweisen und Ausdrucksformen im Internet richtig zu deuten. Dadurch wurde im Endeffekt auf ein latentes Akzeptanzproblem der repräsentativen Demokratie in Deutschland hingewiesen. Die Agitation gegen eine mögliche Regulierung des Internets erhielt mit dem Vorwurf der Zensur eine grundrechtsbezogene starke Aufladung. Damit war auch der Weg geöffnet, um gegen das exekutive Vorgehen im Zuge der Antiterrorgesetzgebung seit dem 11. September 2001 zu protestieren.

Aus dieser Gemengelage heraus entwickelte sich zunächst eine sehr dynamische netzpolitische Debatte (Bieber 2010:54f.). Rund 135.000 Leute unterzeichneten online eine Petition gegen das Vorhaben. Nie zuvor hatten sich derart viele Menschen in die Formulare eingetragen (Gürbüz 2011:43f.). Dennoch verabschiedete das Parlament die umstrittene Vorlage mit der Mehrheit der Koalition. Dadurch wurden die geplanten Netzsperrungen endgültig zu einem Symbol für eine Politik, in der die Repräsentanten einer prä-digitalen Zeit dominierten.

Bei der Europawahl in 2009 hatte die Piratenpartei dann vor diesem Hintergrund fast ein Prozent der Stimmen erzielt und erhielt Aufmerksamkeit. Im Zuge dessen konnte sie in kürzester Zeit ihren Mitgliederbestand von zuvor rund 1.500 auf rund 12.000 steigern. Sie blieb damit freilich eine Kleinpartei, verfehlte auch den Einzug in den Bundestag, wiewohl sie mit rund zwei Prozent zur größten Partei außerhalb des Bundestags avancierte. Wie andere Kleinparteien auch, begann man die Piraten etwas näher zu sezieren und zu analysieren. Trotz dieses Achtungserfolgs wurde sie aber für zu leicht befunden, um sich wirklich zu etablieren (Jesse 2011; Niedermayer 2010). Ihr zentrales Thema und die starke Affinität der Anhänger zu Berufen aus der Informations- und Kommunikationstechnologie ließen eine Einordnung als „Ein-Themen-Partei“ plausibel erscheinen (Jesse 2011:189; Bartels 2009:219). Tatsächlich sind Neugründungen von Parteien oftmals so ausgerichtet (van den Boom 1999:71). Ein Schwerpunkt hilft ihnen, sich zu profilieren und damit letztlich auch zu etablieren. Sie generieren einen Markenkern, der ihnen hilft, wenn das betreffende Thema eine entsprechende Relevanz entfaltet. Doch mit den Konjunkturen von Themen können sie auch leicht wieder untergehen. Dass ausgerechnet die Freiheit im Internet ein dauerhaftes gesellschaftliches Konfliktfeld würde, war dabei unwahrscheinlich.

Allerdings sprach die kulturelle Prägung der Partei durchaus dafür, dass man zumindest spätere Erfolge nicht ausschließen sollte. Schließlich zog die Piratenpartei schon früh eine vergleichsweise junge Mitglieder- und Wählerklientel an. Offenkundig verfügte die Partei auch über ein beachtliches Know-How, das es ihr bereits beim erstmaligen Antritt zur Bundestagswahl ermöglichte, einen überaus professionellen Internetwahlkampf zu führen (Schweitzer 2010). Dennoch schien das Wachstum der Partei bereits kurz nach der Bundestagswahl beendet gewesen zu sein. Mit durchgängig rund zwei Prozent verfehlten die Piraten bei den folgenden Wahlen 2010/2011 deutlich die Einzüge in die Landtage. Trotz dieser als enttäuschend eingeschätzten Ergebnisse war aber die Stabilität der Ergebnisse beachtlich. Sowohl im urbanen Bereich als auch im ruralen Umfeld mobilisierte die Piratenpartei recht gleichmäßig. Auch die sonst oft so ausgeprägten Ost-West-Unterschiede spielten für die Piraten keine Rolle. Sie verfügten also offensichtlich über eine bereits recht verlässliche Kernanhängerschaft, wobei das Potenzial für einen Einzug in ein Landesparlament, gar in den Bundestag, eindeutig ausreichte. In Deutschland muss eine Partei bei den Wahlen mindestens fünf Prozent der Stimmen erlangen, um Parlamentssitze zu erwerben. Davon war die Piratenpartei bisher weit entfernt.

Dementsprechend ist es dann ein wahrer Paukenschlag gewesen, als fast neun Prozent der Wähler im September 2011 in Berlin der Partei ihre Stimme bei der Abgeordnetenhauswahl gegeben haben. Nun ließ sich im Lichte der politischen Umstände in der deutschen Hauptstadt dieses Ergebnis allzu leicht als „berlinspezifisch“ einordnen (Niedermayer 2012:25). Taktische Gründe, ein mäßiger Zustand aller Berliner Parteien, die Besonderheiten eines Stadtstaates und eine vergleichsweise große internetaffine Wählerklientel in der Stadt vermittelten jedenfalls nicht den Eindruck, als ob sich das Berliner Ergebnis auf das restliche Bundesgebiet übertragen ließe. Zudem hatte es in den vorangehenden zwanzig Jahren eine Reihe von Parteien gegeben, die bei einzelnen Wahlen in den Stadtstaaten erst ähnlich spektakulär abgeschnitten hatten und sich trotzdem weder dort noch anderswo etablierten.

Der Piratenpartei verstetigten hingegen den Wahlerfolg bei den drei folgenden Urnengängen in 2012. Dabei überzeugten sie die Wähler in zwei sehr unterschiedlichen Flächenländern: im Saarland und in Schleswig-Holstein, die niedrige Bevölkerungsdichte aufweisen, und schließlich im einwohnerstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Souverän zog man dort in die entsprechenden Landesparlamente ein und hat nunmehr gute Chancen, 2013 den Sprung in den Deutschen Bundestag zu schaffen. Die Partei rangiert bei entsprechenden Umfragen beständig vor der FDP und der Linken und befindet sich zuweilen gar in Schlagweite zu den Grünen.

# Warum überhaupt Piraten?

---

Um die Piratenpartei besser zu verstehen, ist es erforderlich noch mal einen Schritt in das Jahr 2006 zurückzugehen. In diesem Jahr entstand in Schweden die erste Piratenpartei weltweit. Ihre Gründung war eine Reaktion auf die dortige Gesetzgebung und das Vorgehen verschiedener großer Unternehmen der Unterhaltungsindustrie gegen das sogenannte „Filesharing“ (Neumann 2011:26). Dadurch inspiriert, bildete sich auch der deutsche Ableger der Partei. Doch während in Schweden abgesehen von einem kurzzeitigen Erfolg bei den Europawahlen 2009 der Partei kein Erfolg beschieden war, scheinen die deutschen Piraten nunmehr zu reüssieren. Die einst irrelevante Kleinstpartei ist dabei, sich parlamentarisch zu verankern. Neben den Abgeordneten in vier Landtagen verfügt die Partei in der Zwischenzeit über eine Reihe von kommunalen Mandatsträgern, vorwiegend in Berlin, Niedersachsen und Hessen. Bemerkenswert ist, dass circa ein Drittel der Wähler der Piratenpartei zuvor Nichtwähler waren. Die weiteren zwei Drittel kommen relativ gleichmäßig aus allen politischen Lagern. Offensichtlich spricht die Partei etwas an, was in den anderen Parteien nicht oder nicht hinreichend vertreten wird.

Frühzeitig war in der weiteren Analyse klar, dass diese Wahlerfolge weniger wegen der netzpolitischen Anliegen der Piraten möglich geworden waren, obwohl auch diese natürlich einen gewissen Einfluss hatten (Borchard & Stoye 2011:18f). Soweit überhaupt demoskopisch erhoben, hat aber nur rund ein Viertel der Piratenwähler Netzpolitik als zentrales, wahlentscheidendes Thema ausgemacht. Als weitaus bedeutender sind die Themen soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik eingeschätzt worden.

Die Wählerschaft zeichnet sich also weniger durch eine konsistente politische Grundüberzeugung aus. Vielmehr geben sich in den Nachwahlbefragungen durchgängig rund zwei Drittel der Piratenwähler als Protestwähler zu erkennen. Es ist eine erhebliche Unzufriedenheit mit dem politischen System, seinen Parteien und Repräsentanten, welche die Piraten gegenwärtig absorbieren. Überwiegend handelt es sich um Wähler männlichen Geschlechts. Zugleich geben etliche Jung- und Erstwähler der Partei ihre Stimme. Doch die Protesthaltung richtet sich erkennbar nicht gegen die demokratische Grundordnung als solche. Allerdings tragen der stete Verweis der Piraten auf die angeblich fehlende Transparenz im Staatswesen und die Präferenz für eine umfängliche Bürgerbeteiligung durchaus populistische Züge. Die damit verbundene

Aktivierung des „gesunden Menschenverstands“ gilt schließlich als das Grundaxiom des Populismus (Priester 2012:4).

Parteien, die mit populistischen Motiven agieren, laufen freilich Gefahr, dass ihre Wählerschaft überaus flüchtig ist, sich unter bestimmten ökonomischen, kulturellen, institutionellen oder politischen Umständen schnell zu einer anderen Partei bekennt. Auch wenn die Piratenpartei einen Anhänger Kern besitzt, der davon unabhängig ist, so sind ihre Bindungen gegenüber den zahlreichen Neuwählern, welche sie zuletzt angezogen hat, doch gering. So ist gerade die Protestwählerschaft eine Art Schwemmsand, der schwerlich zu halten ist. Im Endeffekt lässt sich gegenwärtig alles Mögliche auf die Partei projizieren. Überaus heterogen und damit auch widersprüchlich sind die Erwartungswerte der Wähler Klientel.

## Unkonventionell und chaotisch professionell

---

Ganz eindeutig hat die neue Piratenwählerschaft nämlich eher wenig mit dem internetspezifischen Kern der Partei gemein. Es wäre allerdings ohnehin eine Verkürzung des Profils der Partei, diese darauf zu reduzieren, zumal es im Verlauf der Entwicklung der Partei eine erkennbare Verschiebung bei den Inhalten gegeben hat. Gerade die beiden Beitrittswellen 2009 und 2011/12 haben das Gesicht der Piratenpartei verändert. Fragen der Netzpolitik sind mittlerweile sogar eher in den Hintergrund getreten. Das programmatische Profil der Partei ist dadurch aber noch diffuser geworden. So hat die Piratenpartei ihre Programmatik um Eckpunkte in der Bildungs-, der Drogen- oder Sozialpolitik erweitert, jedoch keineswegs systematisch vertieft. So lässt sich ein programmatischer Kern identifizieren, der die freie Verfügbarkeit meritorischer Güter einerseits und die freie Entfaltung des Individuums andererseits in den Mittelpunkt rückt. Allerdings anders als bei den etablierten Parteien lassen sich daraus keinesfalls stringent Positionen für andere Politikfelder ableiten. Die Aktivisten der Piratenpartei scheuen sich vielfach, klare Positionen zu beziehen, verzichten dezidiert darauf, ihre persönliche Meinung vorzutragen, wenn sie öffentlich gefragt werden. Gerade in Politikfeldern wie der Außen- und Sicherheitspolitik, der Justizpolitik, der Infrastrukturpolitik oder der Gesundheitspolitik sind die programmatischen Ansätze der Piraten allenfalls rudimentär vorhanden.

Entscheidend für die Sprachlosigkeit ist in erster Linie die Funktionsweise der Partei. Der Organisationsaufbau ist polyzentrisch und hybrid. Das heißt, man kann bei der Piratenpartei in verschiedenster Art und Weise mitwirken. Die Parteitage sind auf allen Ebenen Vollversammlungen. Wer weder die Zeit noch das Geld hat, an diesen teilzunehmen, kann sich anderswo einbringen. Mitmachen in der Piratenpartei ist ausgesprochen einfach. In unzähligen Mailinglisten, zahlreichen Bundesarbeitsgemeinschaften, in den örtlichen Stammtischen oder in den thematischen Arbeitsgruppen kann man sich einbringen. Dazu stehen verschiedene, vorwiegend Internet gestützte oder unterstützende Kommunikationsmittel zur Verfügung. Neben einem eigenen Wiki gibt es Etherpads zur kooperativen Mitarbeit, kann in verschiedenen Foren einer Telekonferenzsoftware kommuniziert oder in einem Abstimmungs- und Diskussionsforum um Meinungsbilder gerungen werden. Doch zu verbindlichen Positionen kann die Partei darüber nicht gelangen. Alleine der Parteitag wäre dazu befugt. Doch diese Parteikongresse sind selten in der Lage,

eine stringente Programmarbeit zu leisten. Weitgehend ist man dort mit der Wahl der Vorstände, der Verabschiedung von Geschäfts- und Wahlordnungen und der episch langen Überarbeitung der Satzungsbestimmungen beschäftigt.

Das führt zu einem paradoxen Ergebnis. Einerseits betreibt die Piratenpartei ausgiebig und in den vielfältiger, lebendiger Form Programmarbeit. Andererseits fehlt es an einem verbindlichen programmatischen Fundus, an den sich die Partei ausrichten kann. Gravierend daran ist, dass die Vorstände der Partei reine Exekutivaufgaben zugewiesen bekommen haben und es ihnen somit nicht obliegt, die inhaltlichen Prozesse in der Partei zu strukturieren oder zwischen den Parteitagen für eine Positionsfindung zu sorgen. Demnach kann unter dem Label der Piratenpartei vieles, mitunter auch Widersprüchliches vertreten werden. Durch die nicht-hierarchischen Kommunikationsformen bleibt der Widerspruch übrigens keineswegs aus. Vielmehr ist es leicht, diesen auch kund zu tun. Neben den Mailinglisten bieten Weblogs und nicht zuletzt Twitter dazu ausreichend Platz, Gelegenheit und Aufmerksamkeit.

Das Problem an dieser Form der Kommunikation ist, dass destruktive und kritische Beiträge es leicht haben, darüber eine entsprechende Aufmerksamkeit zu erhalten. Gleichzeitig gibt es keine verbindlichen Wege, Meinungsstreitigkeiten auszutragen und beizulegen. Das trägt zu einem erheblichen Verschleiß in der Parteiführung und im mittleren Funktionärskörper bei. Wer sich in ein Vorstandsamt wählen lässt, muss natürlich damit rechnen, dass er für Fehler und Unzulänglichkeiten kritisiert wird. Doch die Empörung, der Wut und die Härte mit dem die Basis der Piraten über ihr Führungspersonal zuweilen herzieht, hat manches Mal selbstzerstörerische Züge.

Dennoch ist die Partei erstaunlich gut in der Lage, sich in Wahlkämpfen zu profilieren. In diesen nutzt den Piraten bislang ihr polyzentrischer Aufbau. Dabei funktioniert die Partei, weil sie ein Organisationsverständnis übernommen hat, welches auch die die populäre Online-Enzyklopädie Wikipedia kennzeichnet. Aus der puren Masse des zirkulierenden partiellen Wissens der Individuen destilliert sich ein darüber hinaus reichendes Wissen der Masse, des Schwarms, heraus. Gerade bei den vorgezogenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland waren die Piraten in der Lage, die anfängliche Hektik schnell in produktives Handeln zu übersetzen. Dank der umfangreichen Kommunikationsinfrastruktur lassen sich die notwendigen Arbeitsschritte im Wahlkampf prinzipiell hierarchiefrei koordinieren.

Was bisher als spielerischer Prozess außerhalb der parlamentarischen Ebene funktionierte, wird vor dem Hintergrund der Wahlerfolge der Partei zunehmend zum Problem. Mit über 30.000 Mitgliedern besitzt die Piratenpartei gegenwärtig ungefähr halb so viele Anhänger wie FDP, Grüne oder Linke. Mit einer solchen Organisationsgröße lässt sich aber schwerlich weiterhin ein basisdemokratischer Ansatz umsetzen (Lucardie & Rihoux 2008:9). So

nehmen die Anforderungen aus genannten Gründen zu und verschiebt sich die innerparteiliche Machtarchitektur durch das Hinzutreten der Fraktionen massiv.

Seitdem die Piratenpartei in Berlin in den Landtag eingezogen ist, hat die mediale Berichterstattung beträchtlich zugenommen. Interessengruppen, Medienvertreter, Neugierige, politische Beobachter und Wissenschaftler betrachten nun neugierig die Partei, stellen kritische Fragen, weisen auf Widersprüche hin oder verlangen der Parteiführung ab, Position zu allen möglichen Politikfeldern zu beziehen. Unter Berliner Journalisten ist es ein beliebtes Spiel geworden, die Vorstände der Piratenpartei zu außen- und europapolitischen Themen zu befragen, wobei die Parteivertreter aus genannten Gründen meistens Antworten schuldig bleiben. Bei einer außerparlamentarischen Partei werden solche Wissenslücken noch akzeptiert und wirken mitunter sogar sympathisch. Je länger aber das Umfragehoch der Piratenpartei anhält, desto eher wird der entsprechende Welpenschutz wegfallen.

Die Parlamentsfraktionen sind zudem das sichtbarste Zeichen einer zwangsläufigen Oligarchisierung. Mit 45 Abgeordneten in vier Landtagen und entsprechenden hauptamtlichen Mitarbeiterstäben bildet sich notwendigerweise eine Funktionselite heraus, die in der Lage ist, sich vollumfänglich hauptberuflich der Politik zuzuwenden. Demgegenüber stützt sich die Partei weiterhin ausschließlich auf ehrenamtliche Aktive, welche gegenüber den Vollzeitpolitikern strukturell im Nachteil sind.

Diese Machtasymmetrie zwischen Fraktion und Partei lässt sich sicherlich in nahezu allen Parteien ausmachen. In keiner anderen Partei sind die Fraktionen aber dem Parteiapparat derart überlegen wie in der Piratenpartei. Ursächlich ist die schlechte Ausstattung der Partei mit materiellen Ressourcen. Ein verschwindend geringer Mitgliedsbeitrag und der Verzicht auf Mandatsträgerbeiträge führen zu einer entsprechend schwachen Einnahmesituation, die durch die daraus abgeleitete staatliche Parteienfinanzierung noch verschärft wird. Der Partei fehlen damit die Mittel, um über hauptamtliches Personal lästige Organisationsaufgaben zu delegieren. Gerade einmal je eine geringfügig entlohnte Kraft für die Geschäftsstelle der Partei und für die Presse- und Öffentlichkeit sind überhaupt nur finanzierbar. Dass die Partei ehrenamtliche Aktivitäten in starkem Maße nutzen kann, ist also letzten Endes eine Notwendigkeit. Gerade die Mitgliederverwaltung, das Kassenwesen und die Erstellung der Rechenschaftsberichte binden aber in erheblichem Maße das ehrenamtliche Engagement. Die Kehrseite dieser starken Inanspruchnahme ist bereits erkennbar. Aus Gründen der Erschöpfung oder Überarbeitung haben mehrere Vertreter der Partei sich zumindest vorübergehend zurückgezogen.

# Piraten in Koalitionssystematik

---

Das positive Parlamentarismusverständnis des deutschen Regierungssystems bringt es mit sich, dass für die Bildung der Exekutiven auf Bundes- oder Landesebenen verlässliche Mehrheiten gebildet werden müssen. Dazu sind in der Regel Koalitionen von Parteien erforderlich, die eigentlich miteinander in Konkurrenz stehen. Noch hat die Struktur des Parteiensystems solche Mehrheiten meist ermöglicht. Wie bereits angedeutet, ist das durch das Hinzutreten der Piratenpartei komplexer geworden.

Eine auf der Auszählung der Begriffe im Wahlprogramm basierende Einordnung in einen zweidimensionalen Raum offenbart eine Nähe der Piratenpartei zur FDP und zu den Grünen (Debus 2009). Anfang 2012, der damalige Bundesvorsitzende Sebastian Nerz präferierte in einem Interview eine gemeinsame Koalition mit den beiden Parteien sogar als seine „Traumkonstellation“. Doch insgesamt gehe die Partei eher themenbezogen vor und habe mal mit dieser und mal mit jener Partei eine Schnittmenge (Buchsteiner 2012).

Doch unabhängig davon, dass die von Nerz benannte Traumkonstellation auf Grund der realen Stärkenverhältnisse gegenwärtig illusionär ist, sind die Piraten im Augenblick ohnehin weit weg davon, Koalitionen einzugehen. Vielfach erklären Vertreter der Partei, dass sie erst einmal die parlamentarische Arbeit kennenlernen wollten. Die augenblicklich in vielen Politikfeldern unzureichende Fachkompetenz ist hierbei nur ein Hinderungsgrund. Weitaus entscheidender ist die fehlende Routine mit den Abläufen der parlamentarischen Arbeit selbst. Die Piraten legen ein überaus idealistisches Verständnis von Gewaltenteilung und parlamentarischer Arbeit an den Tag. Die Abgeordneten sollen vollkommen frei ihr Mandat ausüben können ohne jegliche Vorgaben aus der Partei oder irgendwelche Bindungen an Fraktionsbeschlüsse. Die sonst existierende Wechselwirkung aus Vertrauen und Verantwortung sowie aus Freiheit und Verbindlichkeit wird also zugunsten eines idealistischen Bildes von parlamentarischer Arbeit aufgebrochen, bei dem der einzelne Abgeordnete im Mittelpunkt steht, nicht die Partei oder die Fraktion. Dieses hohe Maß an Individualisierung ihrer Mandatsträger praktizieren die Piraten tatsächlich und so stimmen die Abgeordneten oft divergent ab.

Neben der Freiheit des Mandats missachten die Piraten bewusst die Vertraulichkeit bestimmter Gremien wie dem Ältestenrat oder ihrer eigenen Fraktionssitzung oder lehnen parlamentarischer Gepflogenheiten wie das Pairing zur Sicherung von Mehrheiten ab.



So kombiniert sich die Forderung nach radikaler Transparenz im politischen Raum mit einer impliziten wie expliziten Ablehnung von Verfahrensweisen, die für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie unerlässlich sind. Während ersteres einen hohen politischen Anspruch darstellt, ist letzteres eine naive Betrachtung der parlamentarischen Demokratie. Die Piraten haben nicht die gewachsene parlamentarische Demokratie vor Augen, sondern einen idealisierten Parlamentarismus wie er in den Anfangsphasen des britischen Konstitutionalismus existiert haben mag. Dementsprechend spricht vieles dafür, dass sich die Piraten auch nicht in eine Mehrheitskonstellation einbinden lassen. Schließlich verbindet sich in dieser die Regierung und die sie tragende Mehrheit im Parlament zu einem „einheitlichen, relativ festgefügtten politischen Block, der durch das Weisungsrecht der Regierung zugleich die Verwaltung und durch seine Mehrheit im Parlament zugleich die Gesetzgebung steuert“ (Herzog 2000:11). Wenn die Piraten dazu nicht bereit sind, einer solchen „Schicksalsgemeinschaft“ (Steffani 1991:15) beizutreten, können sie nur Teil der Opposition sein. Nur dort können sie nach Belieben für oder gegen die Regierungsmehrheit stimmen.

Für eine Mehrheitsbildung sind die Piraten bislang aber ohnehin nicht benötigt worden. In den vier betreffenden Bundesländern sind andere Regierungsbündnisse angestrebt und hinterher realisiert worden beziehungsweise etwaige Wunschkonstellationen sind am Ende nicht an der Existenz der Piraten im Parlament gescheitert, sondern am entsprechenden Einigungswillen der beteiligten Parteien.<sup>2</sup> Auch auf kommunaler Ebene gibt es kaum Beispiele, in denen die Piraten an einer Mehrheitsbildung mitwirken. Lediglich ein Beispiel auf Landkreisebene ist bekannt. Ansonsten haben sie sich in den Räten und Kreistagen nahezu durchgängig auf der Seite der Minderheit verortet und allenfalls Bündnisse aus Opportunität heraus mit ebenfalls minoritären Kräften abgeschlossen, um einen verbesserten Zugang zu Ressourcen zu erlangen. Damit erklären sich die doch auffällige Zahl an gemeinsamen Gruppen mit der Linken in den Stadträten von Oldenburg, Laatzen und Cremlingen sowie in den Kreistagen von Hildesheim oder Wolfenbüttel. Anderswo hingegen kooperieren die Piraten aus ähnlichen Erwägungen heraus mit den Grünen oder den Freien Wählern.

Trotzdem können die Piraten in der politischen Machtarithmetik auf Bundes- und Landesebene schnell an Bedeutung gewinnen. In Deutschland fragen die großen Meinungsforschungsinstitute nahezu wöchentlich die möglichen Wahlpräferenzen der Bevölkerung ab. Seit dem Spätsommer 2010 hatten SPD und Grüne gemeinsam in den meisten dieser Umfragen eine Mehrheit oder waren dicht an dieser dran. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013

---

<sup>2</sup> So kam es zum Abschluss der Großen Koalitionen in Berlin und im Saarland nur, weil ein Bündnis der SPD mit den Grünen beziehungsweise den Linken an unüberbrückbaren Gegensätzen scheiterte.

schien ein Regierungswechsel also vor diesem Hintergrund plausibel. Die bisherige lagergebundene Koalition aus CDU, CSU und FDP hätte also durch ein rot-grünes Bündnis abgelöst werden können. Seitdem die Piraten aber im Herbst 2011 ebenfalls mit relevanten Stimmenanteilen in den Umfragen auftauchen, ist diese Mehrheit auf einmal in weite Ferne gerückt. Die möglichen Stimmen für die Piraten im Umfang blockieren nämlich zusammen mit den Stimmen für die Partei Die Linke gegenwärtig ein Stimmenpotential von 15 Prozent und mehr. Anders formuliert: Dasjenige Lager, welches 35 Prozent erzielt, ist damit in der Lage, einen Wahlsieg der jeweiligen Gegenseite zu verhindern. Weil gegenwärtig CDU und CSU alleine bereits auf einen entsprechenden Stimmenanteil hoffen können, lässt sich also unabhängig vom Abschneiden der FDP eine Ablösung der bisherigen Kanzlerin Angela Merkel verhindern. Die CDU/CSU gelangt also durch die Piraten in eine strategisch günstige Situation. Sie kann im Zweifelsfall den Sozialdemokraten erneut eine Große Koalition unter Merkels Führung anbieten. Wenn die SPD dieser Umklammerung durch die Union entgehen will, muss sie andere Regierungsformate anstreben. Doch bei der jetzigen Umfragesituation wäre auch ein rot-grünes Bündnis unter Einbezug von FDP oder der Linken nicht auskömmlich, um eine Mehrheit zu bilden.

Mithin bleibt nur eine Option, die Piratenpartei in ein Mehrheitsbündnis einzubeziehen. Doch das dürfte schwierig sein. Eine Zuordnung der Partei zum linken oder zum rechten Lager fällt schwer, wenngleich affektiv eine Nähe zur politischen Linken unterstellt wird. Durch die dezidierte Ablehnung einer Fraktionsdisziplin lässt sich die Piratenpartei aber unabhängig davon eh kaum in eine Mehrheitsregierung einbinden. Die in zahlreichen Politikfeldern unausgegorenen Programmversatzstücke reichen wohl kaum für eine Regierungsbeteiligung. Die Partei müsste somit in einer Regierungsverantwortung bei zahlreichen Fragen eine stete Selbstvergewisserung betreiben, ohne dafür ein effektives Entscheidungsverfahren zu besitzen. Für ein Regierungshandeln, das oft auf situative Entscheidungen angewiesen ist, sind das denkbar schlechte Voraussetzungen. Möglich wäre unter diesen Umständen dann am Ende nur eine Minderheitsregierung. Ein solches Regierungsformat ist aber in Deutschland wenig wohlgeübt und hätte sich auf Bundesebene mit einer Reihe institutioneller Hindernisse auseinandersetzen (Klecha 2011).

Möglicherweise bliebe dann am Ende also nur die Große Koalition. Es wird leicht verständlich, warum gerade die Grünen gegenwärtig besonders gereizt auf die Piratenpartei reagieren. Immerhin könnte es sein, dass die Politneulinge den Grünen eine denkbare Machtperspektive rauben. Vor allem das gegenwärtige Führungspersonal der Grünen würde dadurch wohl seine letzte Chance verlieren, nochmals exekutive Verantwortung zu übernehmen. Es sei denn, man ringt sich auf grüner Seite zu einem Koalitionsexperiment mit der CDU/CSU durch. Doch diesbezüglich sind die Erwartungshaltungen der grünen Basis gegenwärtig viel zu

sehr auf eine rot-grüne Machtoption festgelegt. Entsprechend scharf sind gegenwärtig die Attacken der Grünen auf die Piraten. Doch solche kommunikativen Erregungszustände haben fast zwangsläufig zur Folge, dass dann die Basis für ein gemeinsames Bündnis erst recht unterminiert wird.

## Fazit

---

Das Parteiensystem der Bundesrepublik ist gegenwärtig in starker Veränderung. Beschränkte sich die Entwicklung zunächst darauf, die Kräfteverhältnisse zwischen den etablierten Parteien der alten Bundesrepublik sowie der nach Westdeutschland erfolgreich ausweiteten Linken neu aufzuteilen, haben sich in den Ländern längst weitere Akteure festgesetzt. Von diesen sind gegenwärtig machtpolitisch die Piraten die interessanteste Formation, weil sie als einzige in den Umfragen so taxiert wird, dass auch ein Einzug in den Bundestag möglich erscheint.

Ihr ein wenig unvermitteltes Auftreten im Herbst 2011 hat zwei Wurzeln. Die eine liegt in einer internetkulturell geprägten Themagenda. Die andere, weitaus wichtigere, ist die amorphe Protestneigung eines Teils der Wählerschaft. Während sich aus erstgenannten bereits im Zuge der Wahlen 2009 ein genuiner Wählerkern für die Piraten gebildet hat, stellt letzteres eine schwer kalkulierbare Haltung eines Teils unzufriedener jüngerer Wähler dar.

Die Piratenpartei steht damit vor der Herausforderung diesen Schwemmsand an Protestwählern zu stabilisieren. Dabei ermöglichen die ungeklärten Teile der Programmatik gegenwärtig den Wählern eine Projektion aller möglichen, auch widersprüchlichen Erwartungen an die Partei.

Parallel zur eigentlich notwendigen Vertiefung und Erweiterung des Programms muss die Partei, die ein enormes Mitgliederwachstum zu verarbeiten hat, ihren Parteaufbau weiter konsolidieren. Die für eine Kleinpartei noch handhabbaren Arbeitsstrukturen und Entscheidungskanäle sind bereits jetzt an ihre Leistungsgrenzen gestoßen. Noch können die Piraten ihre organisatorischen Lücken durch die technischen Fähigkeiten ihrer Mitglieder und einen hohen Einsatz ehrenamtlicher Kapazitäten einigermaßen bewältigen. Vor allem in Wahlkampfzeiten erwies sich die Piratenorganisation als gleichermaßen schlagkräftig und flexibel. Sie bietet wie keine andere Partei ihren Mitgliedern ein hohes Maß an Mitwirkungsmöglichkeiten. Dem steht jedoch entgegen, dass der polyzentrische Organisationsaufbau dazu führt, dass eine wirkungsvolle Mitarbeit immens zeitintensiv ist. Die disparaten Kommunikationskanäle verlangen eine erhöhte Aufmerksamkeit ab. Gleichzeitig mangelt es an professionellen Strukturen, welche die zahlreichen Ehrenamtlichen unterstützen. Die Folgen sind auf der einen Seite fortwährende Überlastungsanzeigen des Führungspersonals. Auf der anderen Seite verschiebt sich gegenwärtig die Macht in der Partei massiv auf die

Fraktionen, die zusammen mit ihren Mitarbeitern eine informelle Führungsschicht bilden. Der damit einhergehende Prozess der Oligarchisierung führt aber dazu, dass die Ideale der Partei infrage gestellt werden. Enttäuschungen bei den Anhängern sind somit vorprogrammiert.

Dennoch hat die Partei immer noch beste Aussichten, den Einzug in den Bundestag im kommenden Jahr zu schaffen. Das hätte beträchtliche Auswirkungen für die Koalitionsfähigkeit im Parlament. Gerade weil die Piraten eine übersteigert idealistische Herangehensweise an die parlamentarische Arbeit haben, lassen sie sich nicht in die für eine parlamentarische Demokratie erforderliche Mehrheitsbildung einbinden. Die Folge ist, dass die etablierten Parteien wieder an der Stelle stehen, an der sie sich schon in der zweiten Hälfte der nuller Jahre wähnten, mit dem Unterschied, dass lagerübergreifende Bündnisse wie schwarz-grün nicht notwendigerweise eine Mehrheit besäßen. Entweder gelingt den etablierten Parteien also der Abschluss komplexer Koalitionen aus drei und mehr Parteien oder am Ende steht die Große Koalition. Der einzige Ausweg, die Bildung einer Minderheitsregierung, die dann fallweise die Zusammenarbeit mit den Piraten sucht, ist demgegenüber ein überaus riskantes, wenn auch nicht undenkbares Unterfangen.

# Literaturverzeichnis

---

Bartels, Henning (2009), *Die Piratenpartei: Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung*, Berlin, <<http://www.gbv.de/dms/sub-hamburg/610282913.pdf>>.

Bau, Ralf T. (2009), „Bündnis 90/Die Grünen im Fünfparteiensystem“, in Kronenberg, Volker & Mayer, Tilman (Hg.): *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?: Konzepte, Konkurrenten und Konstellationen*, Freiburg, Br, Basel, Wien, 162–189.

Bieber, Christoph (2010), *Politik digital: Online zum Wähler*, Salzhemmendorf, Blumenkamp Verlag.

Boom, Dirk van den (1999), *Politik diesseits der Macht?: Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, Leske + Budrich.

Borchard, Michael & Stoye, Sabine (2011), *Einzug der Piratenpartei in das Berliner Abgeordnetenhaus - eine Analyse des Wahlergebnisses*, <[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_28957-544-1-30.pdf?110930114956](http://www.kas.de/wf/doc/kas_28957-544-1-30.pdf?110930114956)> [Stand 2012-04-18].

Buchsteiner, Rasmus (2012), „Detailkonzepte würden uns überfordern“, *Passauer Neue Presse Online*, <[http://www.pnp.de/nachrichten/heute\\_in\\_ihrer\\_tageszeitung/politik/308802\\_Detailkonzepte-wuerden-uns-ueberfordern.html](http://www.pnp.de/nachrichten/heute_in_ihrer_tageszeitung/politik/308802_Detailkonzepte-wuerden-uns-ueberfordern.html)> [Stand 2012-06-05].

Debus, Marc (2009), „Die Piratenpartei in der ideologischen Parteienkonstellation Deutschlands“, *Zeit Online*, <<http://blog.zeit.de/zweitstimme/2009/09/16/die-piratenpartei-in-der-ideologischen-parteienkonstellation-deutschlands/>> [Stand 2012-06-05].

Decker, Frank (2011), *Regieren im "Parteienbundesstaat": Zur Architektur der deutschen Politik*, 1. Aufl., Wiesbaden, VS Verlag.

Deth, Jan van (2009), „Politische Partizipation“, in Kaina, Viktoria & Römmele, Andrea (Hg.): *Politische Soziologie: Ein Studienbuch*, Wiesbaden, VS Verlag, 141–161.

Gürbüz, Recep (2011), *Piratenpartei: Genese, Ziele, Struktur, Zukunftsaussichten*, Wiesbaden, Drewipunkt.

Herzog, Roman (2000), *Strukturmängel der Verfassung?: Erfahrungen mit dem Grundgesetz*, Stuttgart/München, Deutsche Verlags-Anstalt.

Jesse, Eckhard (2009), „Die koalitionspolitische Haltung der SPD gegenüber der SED, der PDS, der Linkspartei und der Linken“, in Liedhegener, Antonius & Oppelland, Torsten (Hg.): *Parteiendemokratie in der Bewährung: Festschrift für Karl Schmitt*. Baden-Baden, Nomos, 243–256.

Jesse, Eckhard (2011), „Das Abschneiden der kleinen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 und ihre Perspektiven“, in Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden, 179–197.

Klecha, Stephan (2011), *Minderheitsregierungen in Deutschland*, Hannover, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Korte, Karl-Rudolf (2010), „Parteienwettbewerb. Wählen und Regieren im Schatten der Großen Koalition“, in Gehne, David & Spier, Tim (Hg.): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?: Festschrift für Ulrich von Alemann*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 121–131.

Lucardie, Paul & Rihoux, Benoît (2008), „From Amateur-Activist to Professional-Electoral Parties? On the Organizational Transformation of Green Parties in Western Democracies“, in Frankland, E. G., Lucardie, Paul & Rihoux, Benoît (Hg.): *Green parties in transition: The end of grass-roots democracy?* Farnham; Burlington, 3–41.

Neumann, Felix (2011), *Die Piratenpartei: Entstehung und Perspektive*. <<http://fxneumann.de/wp-content/uploads/2011/10/felix-neumann-piratenpartei-entstehung-und-perspektive.pdf>> [Stand 2012-04-25].

Niedermayer, Oskar (2001), „Nach der Vereinigung: Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem“, in Gabriel, Oscar W., Niedermayer, Oskar & Stöss, Richard (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn, 107–127.

Niedermayer, Oskar (2010), „Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 41(4), 838–854.

Niedermayer, Oskar (2012), „Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2011: Grün war die Hoffnung, die Realität ist rot-schwarz“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43(1), 18–35.

Oberndörfer, Dieter, Mielke, Gerd & Eith, Ulrich (2009), „Vom Zweieinhalb- zum Fünf-Parteiensystem: neue Bündnisse oder alte Lager?“, in Liedhegener, Antonius & Oppelland, Torsten (Hg.): *Parteiendemokratie in der Bewährung: Festschrift für Karl Schmitt*. Baden-Baden, 257–269.

Priester, Karin (2012), „Wesensmerkmale des Populismus“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(5-6), 3–9.

Sattar, Majid (2009), „Dritte Kraft ohne Macht? Zwischen Krise der Volksparteien und Wirtschaftskrise: Die FDP im neuen Fünfparteiensystem“, in Kronenberg, Volker & Mayer, Tilman (Hg.): *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?: Konzepte, Konkurrenten und Konstellationen*. Freiburg, Br, Basel, Wien, 127–142.

Schweitzer, Eva J. (2010), „Normalisierung 2.0. Die Online-Wahlkämpfe deutscher Parteien zu den Bundestagswahlen 2002-2009“, in Holtz-Bacha, Christina (Hg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf: Das Wahljahr 2009*. Wiesbaden, Wiesbaden, VS Verlag, 189–244.

Steffani, Winfried (1991), „Regierungsmehrheit und Opposition“, in Steffani, Winfried (Hg.): *Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG*, Opladen, Leske + Budrich, 11–35.

Zolleis, Udo, Prokopf, Simon & Strauch, Fabian (2010), *Die Piratenpartei: Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?*, München.



## Notes du Cerfa

---

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

### *Letzte Veröffentlichungen des Cerfa*

Lothar Rühl, Les enjeux du dialogue stratégique à l'échelle franco-allemande, « Note du Cerfa », n° 96, juillet 2012

Daniela Schwarzer, L'Europe face à la crise de la dette: les débats politiques allemands, « Note du Cerfa », n° 95, juin 2012.

Pervenche Berès, La crise et la gouvernance économique européenne, « Note du Cerfa », n° 94b, avril 2012.

Sylvie Goulard, La France et l'Allemagne face à la crise : doute sur le diagnostic et la méthode, « Note du Cerfa », n° 94a, février 2012.

Brigitte Knopf, Hendrik Kondziella, Michael Pahle, Mario Götz, Thomas Bruckner et Ottmar Edenhofer, La sortie du nucléaire en Allemagne : scénarios de politique énergétique, « Note du Cerfa », n° 93, février 2012.

Andreas Mehler et Christian von Soest, La politique africaine de l'Allemagne : quelles convergences avec la France ?, « Note du Cerfa », n° 92, janvier 2012.

# Das Cerfa

---

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“ (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et européennes und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Yann-Sven Rittelmeyer arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter und ist für die „Notes du Cerfa“ und die „Visions franco-allemandes“ zuständig. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.